

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 49 (1955)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : der Kalte Frieden ; Neue Methoden? ; Deutschlands Weg ; Von Frankreich zum Orient ; Die Wurzel des Übels ; Freies Unternehmertum? ; Gemeinnutz vor Eigennutz!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Völker und ihre Menschen wollen es, und weder Rußland, noch Amerika, noch England, noch irgendein Staat hat ein Recht, unter Be- rufung auf die Verteidigung und die Stärke noch länger mit dieser Waffe zu experimentieren. Was die Vernichtung der Völker bewirkt, ist *schon jetzt* ein Verbrechen, für das die *Regierungen* verantwortlich sind. Die *Völker wollen von ihren Regierungen nicht Wasserstoffbombenexplosionen und -experimente als Demonstration ihrer Stärke und Bereitschaft, sondern Brot und Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden*. Wir protestieren darum gegen die Fortsetzung dieser Experimente durch Rußland und gegen die angekündigten durch Amerika, deren Regierungen sich einer großen Täuschung hingeben, wenn sie glauben, daß die Fortsetzung dieses Weges ihrem eigenen Volke Sicherheit und Leben im vollen Sinne des Wortes bieten könnte. Wer dem Wahnglauben der Gewalt zur Vernichtung sich verschreibt, ist bar jeder menschlichen und weltgeschichtlichen Vernunft und Verantwortung, sei er nun Marxist oder Antikommunist.

Wir sehen keinen andern Weg als den, die Völker und arbeitenden Massen, sowie Einzelne und Gruppen aufzurufen, sich dem Vorgehen ihrer Regierungen mit aller Entschiedenheit zu widersetzen und dem Frieden, dem die Großen nicht ungeteilt zu dienen willens sind, mit ihrem eigenen Willen eine Bahn zu brechen.

Die Redaktion

WELTRUNDSCHE

Der Kalte Frieden Das Jahr 1955, das nun zu Ende geht, wird hoffentlich in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem der Kalte Krieg zwischen West- und Ostblock *grundsätzlich* zu Ende ging. Das will sagen, daß sich die Großen dieser Erde offen zu der Unmöglichkeit bekannt haben, mit irgendwelcher Aussicht auf Sieg einen Krieg als Mittel der Politik zu führen, also auch zu der Notwendigkeit, die internationalen Streitfragen durch das Mittel der Verhandlungen zu lösen. Hinter diesem Bekenntnis steht freilich weniger ein sittlicher Friedenswille als die resignierte Einsicht, daß angesichts der Revolution der Waffentechnik alles Kriegsführen reiner Selbstmord geworden ist, steht also — kurz gesagt — einfach die Wasserstoffbombe. Und da die Technik der Wasserstoffbombe *bleibt*, so bleibt auch der Zwang zum Kriegsverzicht, einerlei wie lang es braucht, bis die Regierungen und die herrschenden Klassen sich endlich entschließen, aus dem berühmten «Genfer Geist» die gebotenen praktischen Folgerungen zu ziehen. Sind wir so auch von einem wirklichen Frieden noch sehr weit entfernt, so sind wir doch wohl in einen Zustand des Nicht-

riegs eingetreten, eine Periode des — wenn man so will — *Kalten Friedens*, der zur organisierten, auf feste Ordnungen gegründeten Koexistenz der Staaten und Völker führen soll, einerlei welchem sozialen und politischen Regime sie huldigen.

Das ist heute unsere Lage. Oder sehen wir sie zu hoffnungsvoll an? Ich glaube doch nicht. Die Mächte der Vergangenheit, die sich immer noch an das alte Kriegsdenken klammern, sind wahrhaftig noch stark genug — es wird gleich davon zu reden sein —, aber der Umschwung zum neuen Denken und Handeln bereitet sich dennoch unaufhaltsam vor. Ist es etwa nicht bezeichnend, wie die «Große Lüge», daß sich das «christliche Abendland», die «freie Welt» des Westens, gegen den drohenden bewaffneten Einbruch der «bolschewistischen Barbarei und Tyrannei» des Ostens militärisch bis zum äußersten rüsten müsse, immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert und die Völker des Westens beginnen, sich auf *neue Methoden* der Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Weltkommunismus einzustellen? Höchst aufschlußreich ist in dieser Beziehung ein Aufsatz, den am 2. Dezember die amerikanische Zeitschrift «US News and World Report» veröffentlicht hat. Schon vor vier Jahren hat das vielgelesene Blatt — das im übrigen konservativ-kapitalistisch bis auf die Knochen ist — festgestellt, daß die Sowjetunion in Wirklichkeit gar nicht auf kriegerische Eroberungen ausgehe, sondern viel mehr mit «friedlichen» Mitteln ihre Ziele zu erreichen suche. Jetzt nimmt es diese Feststellung mit verdoppeltem Nachdruck wieder auf. «Rußlands Technik», so schreibt es,

«besteht darin, den Krieg mit Ideen zu führen, nicht direkt mit Kanonen oder Atombomben, mit Wasserstoffbomben oder gelenkten Geschossen. Die Schalthebel in diesem modernen Kriegstyp sind in der Hand von Diplomaten und Propagandisten, nicht in der Hand von Soldaten. Der Krieg, wie er von der Sowjetunion geführt wird, vermeidet alles Schießen der russischen Streitkräfte. Er wird mit Einsickerung, Umsturz, Revolution, Diplomatie geführt, mit Bluffen und Prahlen und gelegentlich auch als wirklicher Krieg, den dann Satelliten austragen.»

Als ob das nicht genau auch die Methode Amerikas und seiner Verbündeten wäre! Aber das nur nebenbei. Viel wichtiger ist, daß die Westmächte ihren Kalten Krieg gegen die Sowjetunion (und China) vor allem mit *militärischen* Waffen geführt haben, also mit Kanonen und Atombomben gegen Ideen angerannt sind, und daß sie in diesem Krieg immer nur *verloren* haben. «US News and World Report» spricht das ganz unumwunden aus:

«Das amerikanische Volk hat von 1917 bis heute 880 Milliarden Dollar (für Kriegszwecke) ausgegeben und 1,5 Millionen Tote oder Verwundete in drei Kriegen geopfert, die, wie es hoffte, eine Welt sichern sollten, in der die Amerikaner im Frieden leben könnten. (Genauer: um der Welt den ‚amerikanischen Frieden‘ aufzuerlegen, den Frieden, in dem die ‚amerikanische Lebensform‘, eingeschlossen das ‚freie Unternehmertum‘, herrschen würde. H. K.) Und doch wird die Welt gegenwärtig weniger nach amerikanischem Geschmack geformt als irgendwann seit vielen Jahren.

Der kommunistische Einfluß bricht jetzt auch in den Mittelmeerraum ein, wo die

Macht des Westens vorherrschend gewesen war. Rußland richtet eine Botschaft in Westdeutschland ein und gewinnt einen diplomatischen Ansatzpunkt in diesem Land, aus dem es bisher ausgeschlossen war. Norwegen, der nördliche Pfeiler des Verteidigungssystems für Westeuropa, gibt – wie berichtet wird – den Russen die Versicherung, daß die norwegischen Stützpunkte den westlichen Verbündeten nur zur Verfügung stehen sollen, wenn Norwegen selber angegriffen wird. In Indien erfreuen sich russische Führer bei ihrem Besuch eines überwältigenden Empfanges. Gleichzeitig knabbern die Kommunisten auch den Rest von Indochina an . . .

Die Reichtümer Ostindiens sind das kommunistische Ziel in jenem Weltteil . . . Weiter südlich auf dem asiatischen Festland ist die malayische Halbinsel aufs neue von der Technik des Dritten Weltkrieges nach russischem Stil bedroht . . . Weiteres Ungemach für den Westen lauert in Indonesien, dem reichsten aller indischen Länder . . . Burma bekundet durch seinen Ministerpräsidenten U Nu sein Interesse an engeren Beziehungen mit Rußland . . .»

Unterdessen, so fährt die amerikanische Zeitschrift fort, erhebe das rote China Anspruch auf ein Gebiet, das zu Indien gehöre, während Pakistan, einer der wenigen östlichen Verbündeten der Westmächte, mit Gebietsforderungen von Afghanistan bedrängt werde, dem Rußland Waffen anbiete. Und im Mittelosten seien es Persien und Saudi-Arabien, auf deren Olreichtümer die Sowjets ihre begehrlichen Blicke richteten. Besonders gefährlich sei aber der russische Vorstoß in den Mittelmeerraum. Auf Zypern, dieser neuen Bastion des Westens, schürten Sowjetagenten die Auflehnung gegen Großbritannien. Ägypten werde von den Kommunisten mit Waffen versorgt. Marokko, Tunis und Algerien, ja sogar Libyen — lauter Länder, die für die Vereinigten Staaten lebenswichtig seien — würden von Unruhen geschüttelt. Und was Europa betreffe, so sehe es auch da betrüblich aus:

«Die westdeutsche Armee, die der Westen seit fünf Jahren in seinen Dienst zu stellen suchte, steht immer noch erst auf dem Papier. Befürchtungen werden jetzt laut, daß Westdeutschland dem Druck nicht widerstehen könne, einen Pakt mit Rußland abzuschließen, um die Wiedervereinigung ganz Deutschlands zu erreichen. Frankreich und Italien ringen weiterhin mit dem Problem großer kommunistischer Wählerblöcke und kommunistisch beherrschter Gewerkschaften. Sogar England scheint nicht ungeschoren davonzukommen. Lord Astor warnte das Oberhaus letzte Woche vor einer kommunistischen ‚fünften Kolonne‘, die ‚in die höchsten Ränge der Beamschaft, offenbar auch der Gelehrtenwelt und der Kirche‘ eingedrungen sei.»

Kurz, der Kommunismus sei überall im Vormarsch. Während die Sowjetunion ihre Herrschaft seit 1939 auf über 740 Millionen Menschen und fünf Millionen Quadratmeilen in siebzehn Ländern ausgedehnt habe (?), habe der Westen in der gleichen Zeit die Kontrolle über 693 Millionen Menschen und sechs Millionen Quadratmeilen in dreißig Ländern verloren. «Nie hat die Geschichte eine solch umfassende freiwillige Bewegung für die Befreiung von Kolonien registriert.» Eine besonders wirksame Waffe der Sowjets sei dabei die Entwicklung der Handelsbeziehungen. «Die Wirtschaftshilfe, eine von den Vereinigten Staaten erfundene Waffe, wird jetzt von den Russen im Dritten Weltkrieg gegen unser Land gekehrt.» Das amerikanische Blatt faßt zusammen:

«Die westlichen Planer sehen für die Zukunft keine wesentliche Änderung in der russischen Strategie des kampflosen Krieges voraus, der sich als so erfolgreich erwiesen hat. Die Vereinigten Staaten tasten darum immer noch nach einer neuen Form der Verteidigung gegen den Ausdehnungsdrang des Kommunismus. Nach zehn Jahren immer noch Verluste einsteckend, gibt sich Amerika davon Rechenschaft, daß es lernen muß, den Dritten Weltkrieg nach russischem Stil zu führen.»

Neue Methoden? Ja, gewiß, neue Methoden sind nötig, um die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf denjenigen Boden zu stellen, auf dem sie allein fruchtbar werden kann: auf den Boden des geistigen und wirtschaftlich-sozialen Wettbewerbs um die beste Gesellschaftsordnung. Was tun aber die Strategen und politischen Planer des kapitalistischen Westens? Genau das Gegenteil! Sie beharren in ihren alten, ausgefahrenen Geleisen und wollen sie nur immer besser ausgebaut und repariert wissen. Nehmen wir beispielsweise die Frage der *Auf- und Abrüstung*. Während in den politischen Konferenzen und Kommissionen über die Voraussetzungen und Inhalte einer militärischen Abrüstung diskutiert wird, arbeiten die Militärs und die von ihnen beherrschten Organisationen unentwegt an der höchstmöglichen Steigerung der Rüstungen, getreu dem alten Lügenwort, daß man den Frieden am besten sichere, wenn man sich auf den nächsten Krieg vorbereite. So hat General Gruenther, der Oberbefehlshaber der westmächtlichen Streitkräfte in Europa, am 17. November in einer Rede vor dem amerikanischen «Council of World Affairs» in Dallas (Texas) wieder einmal erklärt, die «freie Welt» sei noch immer nicht stark genug, um einen russischen Angriff zurückzuweisen. Erst «in drei oder vier Jahren», so meinte er,

«können wir vernünftigerweise gewiß sein, daß wir uns gegen einen allgemeinen Angriff verteidigen können, unter der Voraussetzung, daß es uns möglich ist, *Atomgeschosse einzusetzen*, und daß sich die neuen Streitkräfte der Deutschen Bundesrepublik wirksam entwickeln».

Atomgeschosse? Auch die scheinen den modernsten amerikanischen Rüstungsexperten schon wieder veraltet. Jetzt gilt es, so verkündet (laut «Nation» vom 29. Oktober) Generalmajor William M. Creasy, der Chef des militärischen Chemiedienstes der USA, die *biologische Kriegsführung* aufs äußerste zu entwickeln. Denn während der Atomkrieg wohl nur ein doppelseitiger Selbstmord würde, könnten nach Creasy die Vereinigten Staaten mit biologischen Waffen «das menschliche Element des Feindes, seinen Viehbestand und seine Ernten weit wirksamer schädigen als der Feind die unsrigen». Gemeint ist also die künstliche Erzeugung von tödlichen Krankheiten an Menschen, Tieren und Pflanzen, gegen die es im Ernstfall kaum einen wirksamen Schutz gäbe. Edgar Kemler, der in der genannten Neuyorker Wochenschrift über General Creasys Feldzug berichtet, bemerkt dazu, sein Sinn sei, dem amerikanischen Volke klar zu machen, daß es «kein friedliches Zusammenleben mit den Kommunisten gebe, ohne daß man eine Art militärischen Rat-

tengiftes gebrauchsfertig zur Hand habe». Und er sieht voraus, daß über kurz oder lang der biologische Krieg von der Regierung der Vereinigten Staaten in aller Form vorbereitet werde. «Diese entsetzliche Prophezeiung», so sagt er, «gründet sich auf die Sehnsucht der Demokraten nach einer absoluten Waffe gegen den Kommunismus, wie das auch in ihrer hartnäckigen Unterstützung unserer schwindenden Luftüberlegenheit zum Ausdruck kommt. Ein weiteres Anzeichen dafür, woher der Wind weht, ist die letzjährige, nicht weiter begründete Erhöhung des Forschungsbudgets des Armeechemiekorps von 42 Millionen Dollar auf 61 Millionen. Dieses Budget schließt nicht nur Forschungen für die biologische Kriegsführung in sich, sondern offenbar auch Forschungen für eine andere Tätigkeit, auf die Creasy als eine entfernte Zukunftsmöglichkeit angespielt hat: die Vernichtung des Feindes durch zeitweilige Wahnsinnigmachung seiner Bevölkerung.»

Soweit sind wir also! Gewiß stehen die Russen auch auf diesem Feld nicht hinter den Amerikanern zurück, zumal sie diese beschuldigen, im Koreakrieg gegen die Chinesen bereits Versuche mit Bakterienwaffen gemacht zu haben. Aber sollte nicht angesichts der zynischen Propaganda des amerikanischen B-Kriegs-Chefs ein Aufschrei durch die Menschheit gehen, der alle Regierungen zwänge, von der Entwicklung weiterer Massenvernichtungswaffen endgültig abzusehen? Es sollte wohl; aber nichts dieser Art geschieht. Dafür setzen die Regierungen ihre Bemühungen um den Ausbau ihrer Atomwaffenrüstungen offen fort. Sir Anthony Eden hat im Unterhaus ruhig-kühl erklärt, Großbritannien werde nun ebenfalls Wasserstoffbomben herstellen, weil dies für die Abschreckungskraft des Westens entscheidend sei, und zwar Bomben von der neuen Art, wie die Sowjetunion sie letzthin — nach dem amerikanischen Experiment auf Bikini — bereits ebenfalls zur Explosion gebracht habe. Die Vereinigten Staaten ihrerseits aber kündigen die Entwicklung weittragender Raketengeschosse mit Atomladungen an, die bis zu 8000 Kilometern Schußweite hätten, also über den Ozean hinüber nach Europa gefeuert werden könnten. Eine schlechthin gespenstische Vorstellung, die aber das Gewissen der Völker durchaus nicht zu beunruhigen oder gar zu revoltieren scheint!

Deutschlands Weg Auch die *Deutschlandpolitik der Westmächte* weist keinerlei Anzeichen einer Umkehr zu neuen, besseren Methoden auf. Was General Gruenther in zweiter Reihe fordert — die wirksame Entwicklung der Wehrmacht der Bonner Republik —, ist planmäßig in der Ausführung begriffen, wenn es dabei auch jüngst zwischen dem westdeutschen Kriegsminister Blank und dem ihm vor die Nase gesetzten Personalbegutachtungsausschuß zu ärgerlichen Reibungen gekommen ist. Nur fragt man sich immer wieder, was sich eigentlich die Westmächte und ihr deutscher Verbündeter von den 500 000 Mann versprechen, die der Bundesrepublik im Jahre

1960 zur Verfügung stehen sollen. Denn die Sowjetunion braucht ja nur die Herabsetzung ihres Armeebestandes um 600 000 Mann, die sie unlängst vorgenommen hat, rückgängig zu machen, um die zahlenmäßige Steigerung der westmächtlichen Kampfkraft völlig auszugleichen.

Inzwischen geht die alte, unsinnige «Politik der Stärke» auch auf der politischen Linie hemmungslos weiter. Außenminister von Brentano hat im westdeutschen Bundestag darüber eine Rede gehalten, deren Sturheit auch bei diesem engen, jeder Einsicht in die wirkliche Lage verschlossenen Geist überrascht. Aber er hat damit anscheinend die atemlos lauschenden Abgeordneten doch völlig überzeugt, hat sich doch keine einzige Stimme erhoben, die im Ernst eine klare, entschlossene Abkehr von dem kindischen Versuch forderte, durch Herumhämtern auf der Sowjetunion deren Rückzug aus Ostdeutschland und womöglich auch aus den anderen Volksrepubliken zu erzwingen. Weder die sogenannten Freien Demokraten, die einen Augenblick Miene gemacht hatten, von der Regierungskoalition abzuspringen, noch gar die Sozialdemokraten, die von ihrem verbissenen Antikommunismus einfach nicht loskommen wollen, schwangen sich zu irgendeiner Opposition auf, die diesen Namen verdiente. Die Stellung des Kabinetts Adenauer ist so eher noch fester geworden als vorher, und man vermag nicht abzusehen, wie sie in Westdeutschland selber ernstlich erschüttert werden könnte.

Oder ist die Einsicht in die Brüchigkeit, ja den Bankrott der «Politik der Stärke» im westdeutschen Volk und in seinen Parteien tatsächlich doch schon weiter vorgeschritten, als es nach außen hin den Anschein hat? In den westlichen Staatskanzleien ist man jedenfalls, wie der «New Statesman» glaubt, ernstlich besorgt, der Mißerfolg der Genfer Außenministerkonferenz könne in den Augen der Westdeutschen alle Viermächteverhandlungen über die Lösung der deutschen Frage endgültig diskreditiert und den Weg für eine *direkte Verständigung mit der Sowjetunion* freigemacht haben. Da die Westmächte keine Lust hätten, sich zugunsten einer gewaltigen Einigung Deutschlands in einen Krieg zu stürzen, der — im Sinne der Genfer Präsidentenkonferenz vom Juli dieses Jahres — für sie selbst zur Katastrophe werden müßte, so sei im diplomatischen Kartenspiel ein wiederbewaffnetes Westdeutschland als Trumpf endgültig ausgeschieden. «Wir haben», schreibt das Londoner Blatt,

«nichts mehr, womit wir verhandeln könnten; zum erstenmal seit dem Krieg besteht so eine wirkliche Möglichkeit, daß Bonn gezwungen wäre, sich mit Rußland zu verständigen... Die Franzosen ziehen bereits eine Parallele mit der Saar. Die Saar war der wirkliche Prüfstein für das ‚europäische Experiment‘. Die Saarländer hatten wirtschaftlich allen Anreiz, unabhängig zu bleiben und das (in der Volksabstimmung dann haushoch verworfene) Statut anzunehmen... Aber als einmal die Abstimmungskampagne begonnen hatte, wurde es ganz klar, daß der Irredentismus (der Drang zur nationalen ‚Erlösung‘ durch den Anschluß an Deutschland; H. K.) triumphieren würde. In drei kurzen Monaten waren die Voraussetzungen, auf die sich die westliche Politik gegründet hatte, als wertlos erwiesen worden. Was für eine Gewähr haben wir..., daß Deutschland, wenn es schließlich vor der wirklichen Möglichkeit

steht, eine ähnliche Wahl zu treffen, nicht zum gleichen Entschluß kommen und sich vom Westen trennen wird? ... Die Zeit mag früher oder später kommen, da sie (die Westdeutschen) bereit sein werden, das russische Angebot eines gesamtdeutschen Rates anzunehmen, der das politische System der beiden Deutschland unangestört ließe, ihre Regierungen aber zu einer lockeren Föderation zusammenfassen würde ...

Beharren wir darauf — wie das gegenwärtig der Fall ist —, daß Deutschland durch freie Wahlen geeinigt werden und seine souveränen Rechte behalten solle, so heißt das einfach direkt Moskau in die Hand arbeiten. Molotow hat in Genf bewußt jeden Versuch, zu einem Abkommen zu gelangen, blockiert, weil es ihm klar war, daß die Zeit für Rußland schafft; seine Strategie gründet sich auf die Voraussetzung, daß der Westen sich weiterhin weigert, dies zu glauben. Für Rußland war Genf ein wohlüberlegter Schritt zu einem deutsch-russischen Handelsgeschäft, ein weiterer Meilenstein auf dem Weg nach Rapallo. Und wie im Jahr 1922 ist dieser Weg mit den guten Vorsätzen — aber auch mit der unrealistischen Logik — des Westens gepflastert.»

Von Frankreich zum Orient Das Beharren in alten, falschen Wegen ist auch schuld daran, daß Frankreich aus seinen politischen und sozialen Krisen nicht herauskommt. Was unserem westlichen Nachbarn so not tätte wie das tägliche Brot, das ist ja die Liquidierung jener Herrschaft der «Zweihundert Familien», die Frankreichs Wirtschaft so grotesk rückständig bleiben läßt, sein soziales Gefüge dauernd erschüttert und sein Regierungssystem zum Gespött der ganzen Welt macht. Das aber ist eben nur möglich, wenn sich Linksbürgerliche, Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer tragfähigen Allianz zusammenfinden, einer Allianz, die in der Wählerschaft ohne weiteres die Mehrheit gewinne, bis heute jedoch nicht zustandekam, weil nicht allein die bürgerliche Linke, sondern noch mehr die Mehrheit der Sozialdemokraten jedem Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei aufs äußerste widerstrebt. Dennoch fürchtet die Rechte mit gutem Grund, es werde schließlich doch noch zu einer solchen neuen «Volksfront» kommen; auf jeden Fall scheint diese Furcht der entscheidende Antrieb dafür gewesen zu sein, daß Ministerpräsident Edgar Faure, dieser übergeschickte politische Jongleur, sich zur Auflösung der Nationalversammlung entschlossen hat in der Hoffnung, das neue Parlament werde eine Mehrheit haben, die, wenn sie schon nicht viel Positives leisten werde, doch imstande sei, jeden Umschwung im Sinne einer wurzelhaften Erneuerungspolitik zu verhindern.

Und damit dürfte er recht behalten. Die «Republikanische Front», die unter der Führung von Mendès-France einen Teil der Radikalen, die Sozialdemokraten und den gemäßigten Flügel der Rechtsgruppen, besonders die als «Sozialrepublikaner» auftretenden früheren Anhänger de Gaulles, zusammenfassen will, ist ein derart grundsätzliches Gebilde, daß von ihm keine wirkliche Anziehungskraft und damit auch keine ernstliche Gefahr für den Weiterbestand des politischen «Immobilismus» droht, also für jenes System des opportunistischen Fortwurzelns, das den herrschenden Mächten anscheinend so gute Dienste

leistet, an dem aber Frankreich noch zugrunde gehen mag. Aus Angst vor dem Kommunismus setzen die konservativen Parteien jedenfalls einen Kurs fort, der auf die Länge zu einer gewaltigen Stärkung der kommunistischen Stellungen in Frankreich geradezu führen muß.

Nicht unähnlich ist die Lage heute im Orient, also in Vorder- und Mittelasien. Das langsame, aber konsequente Einrücken der Sowjetunion in diesen Raum ist in den letzten Monaten zum eigentlichen Albdrücken für das kapitalistische Bürgertum des Westens und seine Satelliten geworden, besonders seit dem Triumphzug Bulganins, des sowjetischen Staatspräsidenten, und Chruschtschows, des Beherrschers der kommunistischen Parteimaschine, durch Indien, Burma und Afghanistan. Die Sowjetunion genießt in der Tat in den unterentwickelten, von westlicher Kolonialherrschaft befreiten oder ihr noch unterworfenen Ländern stärkste Sympathien, und die russischen Gäste haben nicht verfehlt, diese Sympathien — zum Teil recht taktlos und undiplomatisch — auszunützen. Was aber wichtiger ist: die Sowjets *helfen* diesen Ländern auf eine praktische, in die Augen springende Art und Weise. Das amerikanische «Christian Century» (vom 30. November) zählt einige dieser Hilfswerke auf:

«In Afghanistan fördert Rußland bereits ein Straßenbauprogramm und vollendet eine Ölraffinerie. Es hat Burma seine Reisüberschüsse abgekauft und den Dank des Ministerpräsidenten dieses Landes, U Nu, für die Rettung seiner Wirtschaft bekommen. Es verhandelt mit Indien über den Bau eines Stahlwerkes zu günstigeren Bedingungen, als dieses Land sie anderswo bekommen könnte. Der gegenwärtige Besuch Ministerpräsident Bulganins und Nikita Chruschtschows in Afghanistan, Indien und Burma wird ohne Zweifel diese Wirtschaftsbande noch enger zu schlingen suchen. Rußland hat auch einen Handelsvertrag mit Libanon abgeschlossen und verhandelt über einen weiteren mit Syrien. Und es bietet Yemen und Saudiarabien Waffen an, um sie in ihren gegenwärtigen Gebietsstreitigkeiten mit Großbritannien zu unterstützen. Aber sein sensationellster Vorstoß ist gewesen, daß es Ägypten eine Anleihe von 600 Millionen Dollar für 30 Jahre zu 2 Prozent Zins (zahlbar in ägyptischem Reis und Baumwolle) angeboten hat, mit technischer Hilfe durch russische und ostdeutsche Ingenieure für den Bau des hohen Nildamms bei Assuan, der diesem Lande Milliarden zusätzlichen Einkommens verschaffen würde.»

Und doch kündigten die Vereinigten Staaten am 15. November an, sie würden die Geldmittel um mindestens 20 Prozent herabsetzen, welche die Bundesversammlung bereits für die Auslandshilfe bewilligt hat, so wie sie auch beabsichtigen, den Rest der Punkt-Vier-Politik im nächsten Jahr noch weiter zu beschneiden. Tatsächlich: was kann es Widersinnigeres geben — wenigstens vom Standpunkt einer wirklichen Eindämmung des kommunistischen Einflusses — als solche Knauserei? Die Vereinigten Staaten und ebenso Großbritannien brauchen nur ihre Politik der Stützung der reaktionären, korrupten und unfähigen Regierungen Vorder- und Mittelasiens fortzusetzen und ihre Wirtschafts- und Sozialhilfe an die Völker dieses Weltteiles noch unwirksamer zu machen, als sie es schon ist — und sie werden mit Sicherheit die «rückständigen» Rassen überzeugen, daß der kommunistische Weg, der

Weg, den Rußland, China, Nordkorea, Vietnam usw. gegangen sind, auch *ihr* Weg zu Wohlstand, Gesundheit und Bildung ist. Ihnen politische Freiheit und Demokratie im westlich-bürgerlichen Sinn zu predigen, staatliche Lebensformen also, die sich auch im Westen erst auf dem Untergrund einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umschichtung entfalten konnten, heißt wirklich das Roß am Schwanz aufzäumen.

Diesen Zusammenhang vergegenwärtigen sich freilich auch in der «freien» Welt immer mehr denkende Menschen. In der Neuyorker «Nation» hat erst jüngst Edgar Snow, dieser treffliche Kenner besonders der asiatischen Länder, in einer wertvollen Artikelreihe dringlich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten dafür zu benützen, «daß die Fähigkeit der Kolonien zur Selbstregierung gesteigert wird, daß sie überhaupt befreit werden und daß die Möglichkeiten und die Wohlfahrt der Armen überall erweitert werden — statt daß ihre Abhängigkeit nur verewigt wird und sich einzig eine Minderheit bereichern kann». Er schlägt darum vor: erstens eine entschlossene Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker; zweitens die Errichtung einer internationalen Zentralstelle für die Planung und Durchführung der wirtschaftlichen Hebung und der Befreiung der unterentwickelten Länder; drittens die energische Unterstützung der bisherigen Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Förderung der Wohlfahrt der Kolonial- und Halbkolonialvölker. «Die Aufgabe, sie auf die Höhe voller nationaler Freiheit — und verantwortlicher Weltbürgerschaft — zu heben, bleibt ganz gewaltig. Generalstaatsanwalt Jacob K. Javits von Neuyork eröffnete eine Konferenz über Fragen der Außenpolitik mit der Erklärung, daß unser Beitrag zu ‚einem Programm friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbes mit den Kommunisten‘ recht wohl die Anlage von 100 Milliarden Dollar oder mehr im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte verlangen könne. Sie sollte, meint er, mit der Erhöhung unserer Wirtschaftsleistung in Asien auf drei bis vier Milliarden Dollar jährlich beginnen — als ‚Einleitung der wirtschaftlichen Offensive in weit größerem Maßstab als alles, was bisher ins Auge gefaßt wurde‘. Der Kalte Krieg ist vielleicht vorbei — aber die Ausgaben für die Koexistenz fangen jetzt erst an!»

Die Wurzel des Übels Was Edgar Snow hier vorschlägt und unterstützt, weist sicherlich in die rechte Richtung. Die Frage ist nur, ob die amerikanische Union in ihrer heutigen Geistes- und Gesellschaftsverfassung, ob die westlich-kapitalistische Welt ganz allgemein zu den radikalen Lösungen fähig ist, die das Problem der unterentwickelten Völker und damit auch das Kommunismusproblem erheischt. Nein, es ist in Wirklichkeit *keine* Frage. Eine *durchgreifende* Hilfeleistung an die «zurückgebliebenen» Rassen ist nur möglich in dem Maße, als das feudale und primitiv-kapitalistische

Regime, unter dem sie leben, gebrochen und der ausländische Kolonialismus und Imperialismus, der mit jenem Regime verbündet ist, von Grund auf überwunden wird. Denn hier liegt ja, wie wir immer wieder sagen müssen, die Wurzel des ganzen Übels. Das anerkennt auch der Expertenbericht der Vereinten Nationen über die Förderung der unterentwickelten Länder (zitiert in «War on Want», London 1952):

«Nach unserem Urteil gibt es eine Anzahl unterentwickelter Länder, wo die Zusammenballung der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen einer kleinen Kernklasse, deren Hauptinteresse die Erhaltung ihres Reichtums und ihrer Vorrechte ist, die Aussicht auf wirklichen wirtschaftlichen Fortschritt beseitigt, bis eine soziale Revolution eine Verschiebung in der Verteilung von Einkommen und Macht bewirkt hat . . . Wenn die Führer reaktionär, selbstsüchtig und korrupt sind, sind die Massen ihrerseits mutlos und scheinen keine Initiative zu haben.»

Wenn man etwa an die arabischen Staaten des Mittelostens, an Pakistan, Siam, Südvietnam und Südkorea denkt, aber auch an die süd- und mittelamerikanischen Republiken, so wird man dieser Feststellung ohne weiteres beipflichten und nur finden, sie sei noch viel zu milde ausgefallen. Dies namentlich auch im Hinblick auf die Tatsache, daß die rückständig-feudale und kapitalistische Klassenherrschaft in den unterentwickelten Ländern aufs wirksamste durch den *ausländischen* Kapitalismus und Kolonialismus gestützt wird — von jenen Staaten her also, die als die Vorkämpfer von Recht, Freiheit und Menschlichkeit auftreten, in Wahrheit aber sich überall mit den brutalsten Diktaturen und Gewaltherrschaften verbünden, wo es die Interessen ihrer regierenden Klassen zu erfordern scheinen. Die Folge ist überall Armut, Hunger, Krankheit und Unwissenheit in den Massen dieser «rückständigen», tatsächlich jedoch künstlich niedergehaltenen Völker. Es ist so, wie Professor de Castro («Geographie des Hungers») schreibt:

«Die großen Räume endemischen Hungers auf der Welt sind genau die Kolonialräume. Es mögen politische Kolonien sein wie die Gebiete in Afrika oder wirtschaftliche Kolonien wie (ehemals) China oder der größere Teil Lateinamerikas, das der Erzeugung von Rohstoffen für die Versorgung der Industrien Europas und der Vereinigten Staaten dient. Ohne einen grundlegenden Wandel der Kolonialpolitik, der den Kolonialvölkern Produktion in einem Ausmaß erlauben würde, das für die Befriedigung ihrer biologischen Bedürfnisse ausreicht, ist es zwecklos, auf eine radikale Lösung des Welthungerproblems zu hoffen.»

Der Verfasser, der selbst Brasilianer ist, weist zur Erhärtung seiner Behauptung unter anderem auf das Schicksal Nordostbrasiens hin, das einen der wenigen wirklich fruchtbaren tropischen Böden hat, aber durch eine rücksichtslose Zuckerplantagenwirtschaft «eines der Hungergebiete des Kontinents» geworden ist. Brasilien als Ganzes, so bemerkt er, mit einer Bevölkerung von der Größe Frankreichs, aber einer fünfzehnmal so großen Bodenfläche, hat nur halb soviel Einzelwirtschaften wie Frankreich; nur zwei Prozent seines Landes sind angebaut, und nur ein Prozent davon dient der Erzeugung von Nahrungsmitteln.

Ähnliches stellt der indische Gelehrte und Diplomat K. M. Panikkar in seinem Werk «Asien und die Herrschaft des Westens» für den asiatischen Kontinent fest:

«Im 19. Jahrhundert erlebte der Kapitalismus in Europa seine Blütezeit, und zwar zum großen Teil infolge der Reichtümer, die die europäischen Mächte aus ihren asiatischen Kolonien zogen. Die Schätze, die aus Asien, Amerika, Afrika nach Europa fluteten, ermöglichen und bewirkten die gewaltige Industrialisierung Englands und zugleich eine Umwälzung in den Beziehungen des Westens zum Osten . . . In Indien lieferten die Engländer das Muster für die Holländer in Indonesien, für die Franzosen in Indochina und für alle Westmächte in bezug auf das chinesische Reich. Das weltpolitische Ausdehnungsstreben, das wir Imperialismus nennen, erforderte nicht nur ausgedehnte Kapitalausfuhr, sondern auch die Ausfuhr geübter Techniker, Konstrukteure, Ingenieure und geschulter Arbeitskräfte.»

Das Interesse der «fortgeschrittenen» Länder an den «zurückgebliebenen» war und ist tatsächlich ein dreifaches: sie wollten erstens billige Rohstoffe, zweitens Gelegenheiten für gewinnreiche Kapitalanlagen und drittens Absatzmärkte für ihre Industrieerzeugnisse. Die kolonisierten Länder wurden so einfach wirtschaftliche und politische Anhänger des europäisch-amerikanischen Kapitalismus, der ihre Entwicklung nur insoweit förderte oder zuließ, als es mit seinem Eigeninteresse verträglich war, im übrigen aber sie ebenso schamlos wie gründlich ausbeutete und niederhielt. In allem Wesentlichen ist das bis zum heutigen Tag so geblieben — überall dort wenigstens, wo nicht die gewaltige Freiheitsbewegung der farbigen Rassen eingesetzt oder sich sogar durchgesetzt hat, wobei seit dem Zweiten Weltkrieg die Vereinigten Staaten die unbestrittene Führerschaft in der Beherrschung und Ausnützung der unterentwickelten Länder an sich gezogen haben.

Freies Unternehmertum! Darf man unter diesen Umständen vernünftigerweise erwarten, daß den unterentwickelten Völkern von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas und Nordamerikas durchgreifend geholfen werden könne?, daß also das «freie Unternehmertum», dessen Erfolg so weithin, wie der Historiker des Imperialismus, J. A. Hobson, feststellt, auf der «Ausbeutung anderer Erdteile durch Beutemacherei, Raub, ungleichen Handel und Zwangsarbeit» beruht, daß, sagen wir, das «freie Unternehmertum» den Ast selber absägen werde, auf dem es sitzt? Die «freie Welt» kann gar nicht die soziale Revolution durchführen, ohne die aller Kampf gegen den Massenhunger und damit auch gegen die kommunistische Methode, ihn zu stillen, vergeblich ist. Sie braucht unterentwickelte, das heißt ausbeutbare, gewinnabwerfende Völker und Länder; das ist ihr Lebensgesetz. In einer Welt, in der überall Wohlstand regiert und die Klassenherrschaft abgeschafft ist, muß der Kapitalismus zusammenbrechen. Er vermag nicht aus sich selbst heraus zu bestehen und Profit zu erzeugen; er ist nicht statisch, sondern im höchsten Maß dynamisch, auf immerwährende Bewegung und Ausdehnung

angewiesen. Und je mehr er auf Hemmungen dieser Bewegung, auf Schranken für solche Ausdehnung stößt, um so stärker wird er in seiner innersten Existenzmöglichkeit bedroht.* Darum sein Kampf auf Leben und Tod gegen die Einbeziehung immer weiterer Räume in den Einflussbereich des Sozialismus und Kommunismus. Und darum seine gänzliche Unfähigkeit, die Wirtschaft und Zivilisation der zurückgebliebenen Völker zu entwickeln, ohne sie im Rahmen des kapitalistischen Regimes festzuhalten.

Hier liegt der Grund dafür, daß all die hochgemuteten Pläne für Hilfeleistung an rückständige Länder, die von kapitalistischen Staaten ausgehen — Trumans seinerzeitiger «Punkt Vier», der Colomboplan, die verschiedenen Unternehmungen der Vereinten Nationen usw. — entweder ungenügende, enttäuschende Ergebnisse lieferten oder überhaupt nie ernsthaft und mit den dafür nötigen Mitteln ins Werk gesetzt wurden. «Das Privatkapital», so sagt der Amerikaner Stringfellow Barr in seinem Büchlein «Wir wollen uns dem Menschengeschlecht anschließen» (das früher in den «Neuen Wegen» ausführlich gewürdigt wurde), «das Privatkapital geht nur dorthin, wo diejenigen, die darüber verfügen, das meiste Geld davon erwarten. Darum heißen die Geschäftsleute das private Unternehmertum ‚freies Unternehmertum‘. Es ist frei, dem Höchstprofit nachzujagen. Es ist frei, in unterentwickelte Räume zu gehen, wenn es ihm beliebt. Tut es das? Die harte Tatsache ist, daß es das nicht tut — zum mindesten nicht in den nötigen Mengen... Das Geschäft ist zu groß für das amerikanische Kapital, und es ist das unrichtige Geschäft. Jedermann, der das Problem kennt, gibt zu, daß, was diese Länder brauchen, Wegsysteme sind, Schulsysteme, öffentliche Gesundheitseinrichtungen, Spitäler, landwirtschaftliche Versuchsstationen, elektrische Kraft, Bewässerung, bevor überhaupt das ‚freie Unternehmertum‘ auftreten kann.»

Diese Bedürfnisse kann in dem nötigen großen Ausmaß der Privatkapitalismus wirklich nicht befriedigen. Er scheut die gewaltigen Geldanlagen, die in all die Unternehmungen und Einrichtungen für Straßen-

* Insofern behält eben Rosa Luxemburg doch recht: «Je mehr Länder eine eigene kapitalistische (oder sozialistische! H. K.) Industrie entwickeln, um so größer das Ausdehnungsbedürfnis und die Ausdehnungsmöglichkeit der Produktion auf der einen Seite, um so geringer im Verhältnis dazu die Ausdehnungsmöglichkeit der Marktschranken... Gerade bei dieser Entwicklung verwickelt sich der Kapitalismus in den fundamentalen Widerspruch: Je mehr an Stelle rückständiger Produktionen die kapitalistische tritt, um so enger werden die durch das Profitinteresse geschaffenen Marktschranken für das Ausdehnungsbedürfnis der bereits bestehenden kapitalistischen Betriebe. Die Sache wird ganz klar, wenn wir uns für einen Augenblick vorstellen, die Entwicklung des Kapitalismus sei so weit vorgeschritten, daß auf der ganzen Erdkugel alles, was von Menschen produziert wird, nur kapitalistisch, das heißt nur von kapitalistischen Privatunternehmern in Großbetrieben mit modernen Lohnarbeitern produziert wird. Alsdann tritt die Unmöglichkeit des Kapitalismus deutlich zutage.» («Einführung in die Nationalökonomie», Seite 291 ff.) Was genau so auch von einer Welt gilt, die die bisherigen Kolonialländer und sonstigen zurückgebliebenen Gebiete der kapitalistischen Ausbeutung entzieht und einer irgendwie sozialistischen Wirtschaft unterstellt. Die Kommunisten haben diesen Vorgang im Auge, wenn sie so fest auf Absterben des Kapitalismus durch fortschreitenden Mangel an Profitmöglichkeiten zählen.

bau, Kanalisation, Flußregulierung, Kraftgewinnung, Volksbildung, Gesundheitsfürsorge usw. hineingesteckt werden müßten als Voraussetzung für die Steigerung des Bodenertrags, die Industrialisierung der Wirtschaft und die Hebung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Er will insbesondere nichts von einer radikalen Reform der Bodenbesitzordnung wissen, die doch der Anfang aller Modernisierung der unterentwickelten Länder ist. Das betont auch William O. Douglas, der wohlbekannte amerikanische Bundesrichter und Asienreisende:

«Der Ansatzpunkt für alle Reformen in Asien ist die Bodenfrage. Das Grundgebrechen ist das verkehrte Pachtsystem. Alle andern Übel kommen daher. Kein weiteres Projekt wird amerikanische Unterstützung verdienen, wenn es nicht mit der Bodenreform verbunden wird. Die Bodenreform ist vor allem der Ausgangspunkt für die Auslösung der Gegenoffensive gegen den Kommunismus. Kein Reformprogramm kann auf die Dauer Erfolg haben, wenn nicht zuerst die Landreform durchgeführt wird.» – «Wir schicken technische Sachverständige ins Ausland, die bei der Auswahl des Saatgutes, beim Bodenschutz, bei der Malariabekämpfung und dergleichen helfen sollen. Aber nie erheben wir unsere Stimmen zugunsten einer Reform des verkehrten Pachtsystems in Asien, bei dem gestiegerte Produktion nur zum Vorteil einiger weniger ausschlägt. Wir vergessen offenbar, daß eine Förderung der Volksgesundheit ohne Beziehung zu Landaufteilung, Mindestlöhnen, Höchstarbeitstagen und dergleichen lediglich die Zahl der Menschen vermehrt, auf die die bestehende Armut aufgeteilt werden muß.» («Gärender Orient», S. 352, S. 347.)

So finanzieren und stützen eben die Westmächte und namentlich die Vereinigten Staaten fast überall die reaktionären Feudalherrschaften, die sie für die besten Bollwerke gegen den Kommunismus halten, und weigern sich, mit irgendwie des Sozialismus verdächtigen Regierungen und Bewegungen zusammenzuarbeiten. «Sie haben», um wieder Stringfellow Barr anzuführen,

«Angst vor ‚sozialistischen‘ Kontrollen, vor Devisenbeschränkungen, die sie an der Umwandlung ihrer Profite in Dollars verhindern würden, vor Arbeiterschutz, der sie an der Gewinnung ‚billiger Arbeitskräfte‘ hindern würde, und sogar vor einer Verstaatlichung ihrer Geschäfte ohne angemessene Entschädigung. Sie wollen darum ‚vertragliche Zugeständnisse‘ – gefährliche Worte in den meisten Teilen der Welt. Am gefährlichsten gerade in den Teilen, die eine Entwicklung ihrer Wirtschaft am nötigsten hätten, denn das sind die Länder, die bisher europäische Kolonien waren. Es sind die Länder, die jahrhundertelang zu ‚Zugeständnissen‘ gezwungen wurden. Sie riechen so wiederum nach Imperialismus.»

Wie sollen sich da die Beziehungen zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Ländern in einer Art und Weise ändern können, daß von kolonialistischer Ausbeutung keine Rede mehr wäre? Das neue China hat die Fremdherrschaft gründlichst abgeschüttelt und gleichzeitig eine Neuverteilung des Bodenbesitzes durchgeführt, die die Grundlage für alle anderen Umwälzungen bildet. Leider kann man das gleiche nicht von den anderen asiatischen Ländern sagen, die nach dem Zweiten Weltkrieg «befreit» worden sind. «Indien zum Beispiel», so schreibt Paul M. Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (März 1953),

«hatte Ende der vierziger Jahre eine scheinbar großartige Gelegenheit, sich ein für allemal vom imperialistischen Joch freizumachen und einen neuen Kurs einzuschlagen. Das Land hatte seine politische Unabhängigkeit gewonnen; während des Krieges hatte es die großen britischen Kapitalanlagen in Indien weithin zurückerstattet und war immer noch in hohem Maße Englands Gläubiger. Mit andern Worten: der Boden schien für ein ehrgeiziges Aufbauprogramm geeignet, das Indien wirtschaftlich wie politisch hätte aus der Reihe der Kolonialländer herausheben können. Aber es geschah nur wenig in diesem Sinn, und die indische Wirtschaft setzte ihren Niedergang fort, in dem sie Jahrzehntelang vorher unter britischer Herrschaft begriffen gewesen war. Der kürzlich angekündigte Fünfjahresplan ist im Wesen nur ein verzweifeltes Beharrungsunternehmen, keinerlei Fortschrittsplan, und auch so kann er ohne beträchtliche ausländische Hilfe nicht durchgeführt werden. Inzwischen hat die indische Regierung, die in der Zeit der Unabhängigkeit ausländische Kapitalanlagen nur unter sorgsamsten Garantien zu bewilligen bereit war, ausländischen Kapitalisten immer lockendere Angebote gemacht. Die herrschenden Klassen Indiens scheinen zum Schluß gekommen zu sein, daß Indiens einzige Hoffnung darin liege, seinen Nacken wieder unter das imperialistische Joch zu beugen, das es kaum erst abgeworfen hat. Es muß freilich zugegeben werden, daß doch *ein* Unterschied besteht: die ausländischen Kapitalisten werden, wie jedermann weiß, diesmal Amerikaner sein müssen.»

Was aber das seinerzeit mit soviel Propaganda umgebene Programm betrifft, das den berühmten «Punkt Vier» in Präsident Trumans Regierungsbotschaft von 1948 ausführen sollte, so ist es davon in den letzten Jahren sehr still geworden. Soweit überhaupt versucht wurde, es in die Wirklichkeit umzusetzen, dürfte S. Sweezys Urteil kaum fehlgehen, daß «Punkt Vier, realistisch betrachtet, als eine Stütze für den amerikanischen Imperialismus und als Anreiz zu seiner weiteren Entwicklung gelten muß... Sein Ziel ist ziemlich klar die Förderung und der Schutz amerikanischer Kapitalanlagen im Ausland, nicht die ausgewichene Entwicklung zurückgebliebener Länder.»

Und Ähnliches muß von so ziemlich allen Unternehmungen und Vorschlägen gesagt werden, die *auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftsregimes* und unter Schonung der feudalen Besitz- und Gesellschaftsordnungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die notleidenden Völker dieser Erdteile zu einem freien, menschenwürdigen Leben emporheben sollen. Es ist ganz sinnlos, von den kapitalistischen Gruppen und bürgerlichen Parteien, die die Regierungen der fortgeschrittenen Länder beherrschen, irgendwie zu erwarten, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen Länder in einem anderen Licht sehen denn als Mittel, ihre Profite zu sichern oder zu erhöhen. Wie Professor G. D. H. Cole zutreffend sagt:

«Industrielle und Kaufleute, die daran gewöhnt sind, Absatzmärkte in den zurückgebliebenen Ländern zu suchen, werden sich dem Aufbau einheimischer Industrien widersetzen, von denen sie Konkurrenz für ihre eigenen Waren befürchten. Kapitalisten werden Anlagen, die hohe unmittelbare Gewinne versprechen, nützlicheren Anlagen vorziehen, deren Segnungen weiten Kreisen zugute kommen, während nur ein Teil – und vielleicht nur ein geringer Teil – des wirklichen Ertrages den Kapitalisten zufiele. Die Industriellen von Lancashire taten so alles in ihrer Macht Stehende, um das Wachstum der Textilindustrien in Indien und China zu hindern, und in den meisten Ländern bestand keinerlei Neigung, den Eisenbahnbau in Agrar-

ländern zu finanzieren, außer wo ein Ertrag des angelegten Kapitals irgendwie von den Regierungen garantiert wurde.» («The Intelligent Man's Guide to the Post-War World», S. 63 f.)

Gemeinnütz vor Eigennütz! Der Verfasser zieht denn auch klar die Schlußfolgerungen: Es müssen die Staaten selbst sein, und nicht Privatleute oder Finanzsyndikate, die die hauptsächlichen Geldgeber bei allen Unternehmungen zur Entwicklung der zurückgebliebenen Länder sein müssen und die zweckmäßige Verwendung der vorgeschosseinen Kapitalien zu überwachen haben werden.

«Noch mehr: diese Staaten werden nicht, wie in der Vergangenheit, als Vertreter ihrer eigenen kapitalistischen Gruppen für die Erzielung von Höchstprofiten zu wirken haben, sondern als Mitglieder einer Weltorganisation, die eine klare menschheitliche Aufgabe zu erfüllen hat. Die Leiter der fortgeschrittenen Staaten müssen so sehr von der Notwendigkeit überzeugt sein, um des Weltfriedens und des Weltfortschrittes willen der tiefen Armut der rückständigen Gebiete ein Ende zu machen, daß sie das unmittelbare Gewinnstreben der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels wirtschaftlicher und sozialer Weltentwicklung unterordnen, die wahrscheinlich für das angelegte Kapital zwar einen reichen mittelbaren, aber nur einen kleinen unmittelbaren Ertrag abwirft. Wenn wir in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern – etwa in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten – so eingestellte Regierungen erwarten dürften, wären nicht nur die Aussichten auf einen erfolgreichen Kreuzzug gegen die Weltarmut glänzend, sondern die ganze Weltlage würde sich fast in jedem Betracht ändern.»

Wenn . . . ! Das bleibt eben immer die entscheidende Bedingung: In den zivilisatorisch höherentwickelten Ländern muß ein Umschwung der ganzen Geisteshaltung und Zielsetzung eintreten, muß ein Wirtschaftsdenken aufkommen, das nicht mehr auf die Erzielung privaten Gewinnes als Hauptzweck ausgeht, mit gemeinnützigen Wirkungen nur sozusagen als Abfallprodukt, sondern die beste Versorgung der Völker mit materiellen Gütern und Dienstleistungen bewußt, planmäßig und unmittelbar an die Hand nimmt. Dann erst kann auch die Aufgabe wirklich gelöst werden, die unterentwickelten, hungernden, notleidenden zwei Dritteln der Erdbevölkerung durch eine *organisierte Weltplanwirtschaft* auf diejenige Stufe menschlicher Wohlfahrt zu bringen, die den heutigen, so ungeheuer ertragsfähigen Mitteln von Wissenschaft und Technik entspricht. Dann erst ist auch jene friedliche Koexistenz westlicher und östlicher Gesellschafts- und Regierungsformen möglich, die uns jetzt als politische Hauptaufgabe übertragen ist, sofern wir überhaupt ernstlich einen weiteren Weltkrieg vermeiden wollen. Und dann ist vor allem der Weg frei für die planmäßige Förderung der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung im Schoße der unterentwickelten Völker selber. Die Furcht vor dem «Aufstand der Massen» in den kolonialen und halbkolonialen Ländern wird schwinden, die Organisierung der weltweiten Gegenrevolution — jetzt der Hauptinhalt der Politik der «demokratischen» Westmächte — wird als selbstmörderischer Wider-

sinn erkannt werden, und die Geldmittel und Kräfte, die bisher in die Kriegsrüstungen gesteckt wurden, werden der gemeinsamen Erschließung der Reichtümer und Möglichkeiten der unterentwickelten Erdräume zugeführt werden können.

Das wäre die neue Methode der Bekämpfung des Kommunismus: Bejahung seines revolutionären Ziels und dadurch Überflüssigmachung seines Gewaltweges, nicht aber — wie es die eingangs unserer Rundschau erwähnte amerikanische Stimme will — Überbietung der als typisch sowjetische Technik bezeichneten propagandistischen Unterwühlung des «feindlichen» Lagers. Ob das *heutige* Amerika dazu bereit ist, ist eine andere Frage. Stringfellow Barr verneint sie eher:

«Im Jahr 1776 waren wir ein neues, wagemutiges — und in fremden Augen gefährliches, revolutionäres — Land, das die feudalen Überlieferungen Europas herausforderte und vor der ganzen Menschheit erklärte, daß alle Menschen frei und gleich geboren seien. Wenn wir heute solche Worte gebrauchen, wirken sie auf die übrige Menschheit nicht überzeugend. Von allen industriell fortgeschrittenen Ländern sind wir fraglos das konservativste, haben am meisten Angst vor Neuerungen und sicherlich am wenigsten Interesse am Gleichheitsgedanken. Vielleicht müssen wir erst eine fürchterliche Katastrophe erleiden, bevor wir wieder die Hoffnungen der weniger Glücklichen — und das ist der Rest des Menschengeschlechtes — teilen können.»

Ohne ein großes Opfer hergebrachter Anschauungen und Lebensformen werden auf alle Fälle weder die Vereinigten Staaten noch die sogenannten freien Nationen überhaupt diese Weltkrisenzeit im Frieden überstehen. Daß die Erkenntnis der tragischen Lage, in der sie leben, noch rechtzeitig durchbreche und wir so wenigstens vor dem Ärgsten bewahrt bleiben mögen, das ist unser tiefster Wunsch für das neue Jahr des Ringens um die rettende Wahrheit, in das wir nun bald eintreten.

14. Dezember

Hugo Kramer

Eidgenössischer Rundblick

Anlässlich des Hinschiedes von alt Bundesrat Minger nahm die Landespresse Stellung zum Lebenswerk dieses Mannes. Dabei wurde hervorgehoben, Minger habe dem Lande in Überwindung großer Schwierigkeiten eine gutgerüstete Armee aufgebaut und den dogmatischen Antimilitarismus der Arbeiterschaft besiegt. In konservativen Blättern las man vom Defaitismus der Arbeiter und brüstete sich, nie von jener Art gewesen zu sein. Als Minger in den Bundesrat eintrat, war er außer dem Bernbiet ein unbekannter Mann. Als Vertreter der neu ins Leben getretenen Bauernpartei war er in den Augen der Arbeiterschaft sicher keine Herrenfigur, dafür aber der Exponent des behäbigen Bauerntums, das ihr gegenüber nicht gerade viel Verständnis zeigte.